

Staatsfinanzen

Deutschland saniert schneller



Die Bundesregierung will die Schuldenobergrenze des Maastricht-Vertrags von 60 Prozent der Wirtschaftsleistung deutlich schneller erreichen als vorgesehen. Das geht aus dem neuen Stabilitätsprogramm von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hervor, das das Bundeskabinett kommende Woche beschließen und nach Brüssel melden will. Danach soll die Schuldenquote 2019, zum Ende des Berichtszeitraums, bei 61,5 Prozent liegen. Gemäß bisheriger Planung darf sich

Deutschland bis 2023 Zeit lassen. 2014 lag der Wert noch bei 74,7 Prozent, dieses Jahr soll er auf 71,5 Prozent fallen. 2016 soll mit 68,8 Prozent die Marke von 70 Prozent erstmals seit der Finanzkrise wieder unterschritten werden. Bis 2019 will die Bundesregierung keine neuen Schulden aufnehmen, sichert sie in dem Bericht zu. „Deutschland ist entschlossen, weiterhin alle nationalen und europäischen finanzpolitischen Vorgaben zu erfüllen“, heißt es weiter. rei

Air Berlin Regierung will Partnerflüge untersagen

Dem neuen Air-Berlin-Chef Stefan Pichler droht gut zwei Monate nach Amtsantritt ein schwerer Rückschlag. Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) will der Fluglinie vom Winter an einen Teil ihrer Gemeinschaftsflüge mit dem arabischen Partner und Finanzier Etihad Airways untersagen. Das geht aus einem Schreiben hervor, das kurz vor Ostern an den Wirtschaftsminister von Abu Dhabi, dem Heimatemirat von Etihad, ging. Zuvor wurde es mit dem Kanzleramt, dem Auswärtigen Amt und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel abgestimmt. In dem Brief teilt Verkehrsstaatssekretär Michael Odenwald dem Regierungsvertreter von Abu Dhabi mit, dass

die deutschen Behörden künftig nur noch solche sogenannten Codeshare-Strecken von Air Berlin und Etihad genehmigen könnten, die in einem Abkommen zwischen Deutschland und dem Emirat aus dem Jahr 1994 und einer

späteren Zusatzvereinbarung geregelt sind. Demnach dürfen beide Airlines derzeit nur Routen von Frankfurt, München, Düsseldorf und Hamburg nach Abu Dhabi und retour zusammen vermarkten und bedienen. Außerdem

sind Zubringerdienste in diese Städte von und nach Berlin, Stuttgart und Nürnberg unter gemeinsamer Flugnummer erlaubt. Weitere knapp drei Dutzend nicht von dem Abkommen gedeckte Routen, die Air Berlin einen hohen, zweistelligen Millionenbetrag pro Jahr einbringen, wie zum Beispiel von Stuttgart und Berlin nach Abu Dhabi, will die Bundesregierung dagegen künftig verbieten. Als Ersatz bietet sie an, im Schulterchluss mit anderen Golfanrainern eine neue, übergreifende Vereinbarung auf EU-Ebene auszuhandeln. Voraussetzung sei allerdings, dass sich die arabischen Länder und deren Fluggesellschaften wie Emirates oder Etihad zur Einhaltung fairer Wettbewerbspraktiken bekennen. Willigt die andere Seite ein, könnten erste Gespräche schon Ende April stattfinden. did



Flugbegleiterinnen von Air Berlin und Etihad